

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. zusätzlich Postgebühr. Einzelnummern 10 Pf. Alle Behauptungen und Beschuldigungen, nehmen zu gegen, im Falle höherer Verleumdungen behält eingekaufte Schriftstücke.

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Pf., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3 gespaltene Reklameweile im täglichen Teile 1 RM. Nachverlangungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorkauf und Nachverkauf sind für die Redaktion nicht zulässig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Abgabe der durch Fernspr. übermittelten Anzeigen über, wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist ohne schriftliche Genehmigung durch Fernspr. untersagt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 286 — 91. Jahrgang Felegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postbez.: Dresden 264. Mittwoch, den 7. Dezember 1932

Der dritte Akt.

Die Regierungstrife liegt hinter uns; zwei Akte dieses Schauspiels sind vorüber. Nun hat der dritte Akt begonnen: die Auseinandersetzung der neuen Regierung mit dem Reichstag. Eine Massen-Regierung, denn sieben Parteien, 584 Volksvertreter spielen mit! Erst Verhandlungen zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichkanzler, dann Besprechungen innerhalb der Fraktionen des Reichstags selbst bildeten die Anfangsphasen, doch wußte man nichts Genaueres über die Vorbereitung zu den kommenden Parliamentskämpfen, weil die Fraktionen mit geschlossenen Rissen, also ohne etwas zu verraten, zum erstenmal wieder die Stätte des Schlachtfeldes — Ver- zeihung! den Sitzungsaal betreten haben.

Daß sie dort einige Mißtrauensanträge gegen die neue Regierung vorgebracht, war schon vorher von den Antragstellern bekanntgegeben worden. Aber auch andere Anträge, namentlich solche lohn- und sozialpoliti- scher Natur, sind angekündigt oder bereits eingereicht, was eigentlich ganz zwecklos wäre, wenn man eben nur mit einem Kampf rechnen würde, der natürlich mit der Auflösung des Reichstags enden müßte! Denn solche Anträge nur zu Demonstrationszwecken einzubringen, ist zwar ein altes parlamentarisches „Gewohnheitsrecht“, aber heute sehr überflüssig; denn so etwas „zieht“ bei den Wählern wirklich nicht mehr.

Ein Antrag aber ist darunter, der ein allgemeines Interesse hervorrufen kann; er verlangt nämlich eine Änderung des Artikels 51 der Verfassung und müßte also, um dies gleich vorwegzubemerkten, im Reichs- tag mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen werden. Dieser Artikel regelt die Stellvertretung des Reichspräsidenten im Falle seiner „Verhinderung“ oder einer „vorzeitigen Erledigung der Prä- sidentschaft“. Diese Stellvertretung liegt dann zunächst in den Händen des Reichkanzlers; bei voranschreitender länger andauernder Verhinderung oder im Rücktritts- bzw. Todesfall ist die Vertretung durch ein Reichsgesetz zu regeln. Der jetzt dem Reichstag vorzulegende Antrag will demgegenüber, und zwar ohne weiteres, den Reichs- gerichtspräsidenten zum Stellvertreter machen, so daß also hierbei der Reichkanzler überhaupt ausgeschaltet wird. Damit geht man noch über das Stellvertretungsgesetz vom 10. März 1925 hinaus, das dem Reichkanzler seine bis- herigen Rechte wenigstens für die Zeit einer „zeitweiligen Verhinderung“ des Reichspräsidenten belassen hatte, im übrigen nur für den damaligen Fall galt. Man hat unter dieser „Verhinderung“ aber nicht allein eine solche aus Krankheitsgründen zu verstehen, sondern der Reichsprä- sident ist laut Artikel 43 der Verfassung „an der ferneren Ausübung seines Amtes verhindert“, wenn der Reichstag einen Antrag auf Volsabstimmung über die Absetzung des Präsidenten mit Zweidrittelmehrheit annimmt; in einem solchen Falle würde also auch die Stellvertretung Platz greifen.

Der erste deutsche Reichspräsident Ebert ist gestorben, ehe seine Amtszeit abgelaufen war; seine Präsidenschaft war also „vorzeitig erledigt“. Zuerst war verfassungsgemäß zunächst der Reichkanzler Dr. Luther der Stellver- treter, dann nach Annahme des Stellvertretungsgesetzes, bis zur Neuwahl der damalige Reichsgerichtspräsident Dr. Simons. Erst genau zwei Monate später erfolgte der Amtsantritt Hindenburgs, und mit diesem Tage endete die Amtszeit des Stellvertreters. Erwähnt werden mag noch, daß die Ansetzung des Termins für die Präsidenten- wahl bzw. -stichwahl „auf Vorschlag der Reichsregierung“ durch den Reichstag zu erfolgen hat.

Bei Annahme des beabsichtigten Antrages, den Artikel 51 in erwählter Art abzuändern, würde Deutsch- land so etwas wie einen „Vizepräsidenten“ erhalten. Der würde aber ganz anders aussehen wie der amerikanische Vizepräsident; denn dieser wird tatsächlich durch dieselbe Partei gewählt, die für ihren Kandidaten den Präsidenten- stich zu erobern vermag. Hier aber, bei uns, würde es der oberste deutsche Richter sein, dem durch die ganze politische und verfassungsrechtliche Entwicklung in Deutschland bereits eine überragende Stellung verliehen worden ist. Man wird gespannt sein dürfen, wie der Reichstag auf diesen Antrag reagieren wird, der, wie gesagt, nur mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen werden kann.

Hoover kündigt neue Sparmaßnahmen an

Präsident Hoover verlas im Kongreß in Wa- shington die übliche Jahresbotschaft. Zur Wir- schaftsbelebung in den Vereinigten Staaten, so betonte er, seien notwendig: Eine drastische Kürzung der Ver- waltungskosten, eine völlige Neuorganisation des ameri- kanischen Bankensystems und eine Zusammenarbeit mit den übrigen Nationen zwecks Stabilisierung der Rohstoff- preise durch Verbrauchsbeschränkung und Wiederherstellung des allgemeinen Vertrauens.

Hoover kündigte sodann eine Kürzung des Haushalts um 580 Millionen Dollar an, fähig eine weitere Gehalts- kürzung bis zu 14,8 Prozent vor sowie die Abschaffung unnötiger Kriegsteilnehmerbezüge. Er befürwortete ferner die Zusammenlegung zahlreicher Regierungsstellen.

Göring wieder Reichstagspräsident.

Reichstagsöffnung mit Kampfwahlen.

Die Wahl des Reichstagspräsidiums.

Trüber Novemberhimmel hängt über Berlin und zwischen den Bäumen des Tiergartens ziehen die Nebelschwaden. Trübsinnig stehen ein paar Gruppen politisch Unentwegter in gemessener Entfernung vom Reichstag. Unentwegte, die zum zweitenmal in diesem Jahr den Anmarsch der Volksvertreter nicht versäumen wollen. Im nähesten Novemberwinde zu warten lohnt sich aber schlecht, denn die meisten Abgeordneten waren schon früh an die Stätte ihres Wirkens gezogen. Fast spurlos geht also der Augenblick vorüber, in dem zum erstenmal seit dem 12. September die Fahnen an den vier Ecktürmen des Reichstagsgebäudes in die Höhe gehen zum Zeichen dafür, daß das „Hohe Haus“ tagt.

Eine mehr trübe als nervöse, von der Ungewißheit des kommenden aufgerollte Stimmung liegt auch über dem Sitzungsaal des Reichstages, auf den mit großer Neugierde die zahlreichen Tribünenbesucher heruntersehen. Der englische Gesandte sieht auch diesmal wie stets in der Diplomatentoga, doch fehlt heute sein französischer Kollege.

Den führenden Ton im Sitzungsaal geben natürlich die braunen SA- und SS-Uniformen der Nationalsozialisten ab. Aber als der aus ihren Reihen gestellte Alterspräsident, General Eymann, sich unter den Beifüssen seiner Partei- genossen zum Präsidentenstuhl begeben hat, sieht man, daß er nicht seine Uniform trägt, sondern einen dunklen Rod, an dem das Eisene Kreuz glänzt.

Einen Augenblick gehen die Gedanken zurück zum 31. August, als die Kommunistin Klara Zetkin an dieser selben Stelle stand. Was sich damals dort abspielte, war auch menschlich eine wenig würdige Szene gewesen. Politisch hatte sie zum erstenmal mit dem alten Brauch gebrochen, daß das Alterspräsidium nur eine Funktion bedeutet, nicht aber politi- sche Neben hält. Als abschließliche Antwort hielt nun General Eymann gleichfalls eine politische Ansprache, bei der es viel Widerspruch auf kommunistischer Seite, viel Beifall bei den Nationalsozialisten gab.

Nach dem Namensaufruf, der ohne jede Störung verlief, beginnt, wie man im Altersrat bereits beschlossen hatte, gleich die Präsidentenwahl. Und nun gab es eine politische Sensation, die vom Reichstag mit großem Erstaunen an- genommen wurde: Der Vertreter der kommunistischen Partei erklärte nämlich, daß in einem etwa notwendig werdenden zweiten Wahlgange die kommunistische Partei für den früheren Präsidenten, den sozialdemokratischen Abgeordneten Löbe, stimmen würde.

Nach diesem Intermezzo kommt es dann zur Wahl. Göring erhält gleich im ersten Wahlgang eine absolute Mehrheit von sechs Stimmen. Unter stürmischen Beifall seiner Parteifreunde begibt er sich auf den Stuhl des Präsidenten.

Dann kam die zweite Sensation des Tages: Von den Nationalsozialisten wird der Zentrumsabgeordnete Esser zum Ersten Vizepräsidenten vorgeschlagen. Abg. Löbe beab-

sich unter stürmischen Rufen auf die Rednertribüne und erklärt, daß seine Partei für den Abg. Esser stimmen würde. Und so geschah es, daß der bisherige Erste Vizepräsident Esser von einer Mehrheit gewählt wurde, die sich aus Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Zentrum und Sozialdemokraten zusammen- setzt. Denn er erhielt 45 Stimmen; auf den kommunistischen Abg. Torgler fiel der Rest von 93 Stimmen. Die dann folgen- den Vorschläge gingen kreuz und quer.

Sitzungsbericht.

OB. Berlin, 6. Dezember.

(1. Sitzung.)

Pünktlich um drei Uhr begibt sich Alterspräsident General außer Dienst Eymann (Nat.-Soz.) zum Präsidentenstuhl und eröffnet in bekannter Form die Sitzung. Sofort entziehen stürmische Szenen, nach deren Abklingen Alterspräsident Eymann zunächst feststellt, daß er mit 82 Jahren das älteste Mitglied des Hauses ist.

Nachdem er zwei Nationalsozialisten, einen Deutschnationalen und ein Zentrumsmittglied als vorläufige Schriftführer berufen hat,

hält der Alterspräsident folgende Ansprache:

Unsere Machthaber haben sich in den letzten vierzehn Jahren reichliche Mühe gegeben, das Volk an Enttäuschungen zu gewöhnen. Die letzten Enttäuschungen waren die des 13. August und des 25. November. Man hatte erwartet, daß der Reichspräsident nach diesen jahrelangen fruchtlosen Experimen- ten zur befreienden Tat schreiten und den Führer der stärksten politischen Bewegung Deutschlands mit der Regie- rungsbildung beauftragen würde. Es wäre dann die Wahl auf einen Mann gefallen, der allein fähig sei, das Vaterland zu retten. (Stürmische Händeklatschen bei den Nationalso- zialisten, Lachen und Niederbeuge bei den Kommunisten.) Statt dessen hatte man ein Scheingefecht geführt. Man wollte unserem Führer nicht die Macht überlassen. Während der Reichspräsident einem Hermann Müller, einem Brüning und einem Papen sein volles Vertrauen schenkte, versagte er dieses Vertrauen einem Runge, in dem Millionen Deutscher den größten und besten der lebenden Deutschen sehen (Händeklatschen bei den Nationalsozialisten), der 14 Jahre und länger gearbeitet hat, Deutschland zu retten. In einem Schreiben vom 23. November hat Adolf Hitler unter Einsatz seiner Person und seiner Bewegung sich dem Reichspräsidenten zur Verfügung gestellt; dieser hat ihn abgelehnt.

Vor genau 18 Jahren, am 23. November 1918, fanden die Durchbruchschlachten bei Brzeziny und die bei Łódź statt. Sie brachten eine glückliche Wendung und ihnen verdankt der jetzige Reichspräsident seinen Feldmarschallsstab. Heute handelt es sich um wichtigere Dinge als um den Feldmarschallsstab. Es handelt sich darum, daß Hindenburg dem historischen Ruf entgeht, das deutsche Volk zur Verewigung getrieben und es dem Volksweltismus auszuliefern zu haben. (Lauter Jubel und Hu-Hu-Rufe bei den Kommunisten), obwohl der Retter bereit hand! Volk und Vaterland müssen einjüngliche Nichtswur unserer Denkers und Handelns sein. Vorteil und Wunsch des einzelnen oder einer Familie einer Gesellschaftsrichtung oder einer politi- schen Partei oder gar einer auswärtigen Macht dürfen dabei keine Rolle spielen, (Händeklatschen bei den Nationalsozialisten, Jubel bei den Kommunisten; Südtirol), gleichgültig, ob er von Dauer ist oder nicht. Der Artikel 1 der Staatsverfassung heißt: Die Staatsgewalt geht vom Volke aus (lebhafter Bei- fall bei den Nationalsozialisten).

Darauf erfolgte der Namensaufruf der Abgeord- neten, der etwa eine Stunde dauerte und ohne besondere Zwischenfälle verlief. Vorher war die Beratung von Anträgen auf Haftentlassung von Abgeordneten am Widerspruch aus dem Hause gescheitert.

Das Haus schritt dann zur

Präsidentenwahl.

Abg. Dr. Frick (Nat.-Soz.) schlägt den Abg. Göring als Reichstagspräsidenten vor.

Abg. Steinhoff (Dm.) erklärt, daß trotz der Bedenken, die seine Fraktion gegen Herrn Göring hat, die Deutschnationalen ihm die Stimme gegeben hätten, wenn die Nationalsozialisten nicht deutlich angekündigt hätten, daß sie gegen den Kandidaten der deutschnationalen Fraktion für einen der Vizepräsidenten- posten, nämlich den Abg. Graef, stimmen würden. Die Deutschnationalen schlagen vor, den Abg. Graef zum Reichstagspräsi- denten zu wählen.

Abg. Dürmann (Soz.) empfiehlt die Wahl des früheren Reichstagspräsidenten Löbe.

Abg. Hädel (Komm.) schlägt den Abg. Torgler für die Wahl zum Präsidenten vor und erklärt sodann, daß ein eventuell notwendig werdender zweiter Wahlgang die Kommuni- stischen veranlassen werde, auf einen eigenen Kandidaten zu ver- zichten und ihre Stimme dem sozialdemokratischen Kandidaten zu geben.

Göring wieder Reichstagspräsident.

Darauf nimmt das Haus die Wahl des Präsidenten vor. Sie erfolgt im vereinfachten Verfahren und führt zu dem Ziel, daß Abg. Göring mit 279 von 545 Stimmen zum Reichstags- präsidium gewählt wird. Auf den Abg. Graef entfallen 51 Stimmen. Göring hat also sechs Stimmen über die Hälfte sämtlicher abgegebenen Stimmen erhalten. Görings Wieder- wahl wurde von den Nationalsozialisten mit stürmischen Heil- rufen begrüßt. Der neue Reichstagspräsident übernimmt sofort die Leitung der Sitzung.

Görings Dank.

Präsident Göring dankte dem Alterspräsidenten warm für die Einleitung der Sitzung und nennt ihn ein Vorbild für das ganze deutsche Volk hinsichtlich seiner Pflichterfüllung



Alterspräsident General Eymann eröffnet den neuen Reichstag.